

Newsletter aus Brüssel

27.6.2016, Ausgabe 17

IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- Nach dem Referendum zum "Brexit": IG Metall fordert sozialere Leitlinien der EU
- Hat die Stahlindustrie eine Zukunft in Europa?
- Europäische Bahnindustrie: Viele Arbeitsplätze gefährdet
- IndustriAll Europe-Kongress: Gemeinsam für ein soziales Europa
- EMIS: Vorschlag für einen Zwischenbericht veröffentlicht
- EFSI: Kommission will Laufzeit verlängern

Nach dem Referendum zum "Brexit": IG Metall fordert sozialere Leitlinien der EU

Eine knappe Mehrheit der Wählerinnen und Wähler in Großbritannien hat sich für den Austritt ihres Landes aus der EU entschieden. Die IG Metall bedauert das Abstimmungsergebnis und warnt vor den Folgen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Europa.

Nach dem EU-Referendum in Großbritannien ist für die IG Metall klar: Das Wahlergebnis ist bedauerlich für das Land und für Europa. Ein "Brexit" wird gravierende Auswirkungen auf die Beschäftigten im Vereinigten Königreich sowie in Deutschland und ganz Europa haben. Die Wertschöpfungskette des europäischen Industrieverbundes ist stark miteinander verzahnt. Der Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, betonte: "Wir werden weiter mit unseren britischen Kollegen in den über 320 europäischen Betriebsräten daran arbeiten, dass die britischen Standorte Perspektiven haben."

Gleichzeitig sprach sich Hofmann dafür aus, nach dem Referendum nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen, sondern verstärkt für ein sozialeres Europa einzutreten. "Einfache Antworten und der Rückzug in die Nationalstaaten sind keine Lösung. Europa kann nur als politische, ökonomische und auch soziale Einheit in einer globalen Welt Wohlstandsperspektiven für seine Bürger bieten. Europa und seine Regierungen müssen aber die Ängste vieler vor Globalisierung und Digitalisierung ernst nehmen" Die Europaskepsis werde sonst zunehmen – und einen Nährboden bieten für Populisten am rechten Rand, auch in Deutschland. "Doch weder die Globalisierung noch die Digitalisierung könne man 'zurückdrehen', so der Vorsitzende der IG Metall. „Und weil das nicht geht, werden Schuldige gesucht: Die Fremden, die Öffnung nach Europa und 'die da oben' in Berlin und Brüssel." Dem könne man nicht allein mit moralischen Appellen, sondern nur

mit konkretem politischem Handeln entgegentreten.

Die IG Metall fordert eine sozialere Ausrichtung und europapolitische Leitlinien für eine gerechte Verteilung statt wachsende Ungleichheit, für verlässliche Sicherheit hinsichtlich Ausbildung, Arbeit und Einkommen, statt Deregulierung und Sparpolitik.

Hat die Stahlindustrie eine Zukunft in Europa?

Am 15. Juni 2016 fand in Brüssel eine hochrangige Diskussionsveranstaltung zur Zukunft der europäischen Stahlindustrie statt, die die IG Metall in Kooperation mit dem DGB, ÖGB und weiteren Arbeitnehmerverbänden organisierte. Es wurde deutlich, dass die Politik jetzt handeln muss, um die Industrie in Europa zu halten und hunderttausende Arbeitsplätze zu schützen.

Die Zukunft der europäischen Stahlindustrie steht derzeit im Zentrum der politischen Diskussion. Viele Betriebe und Arbeitsplätze sind von zu hohem Angebot und zu geringer Nachfrage bedroht. Die Überkapazitäten und wettbewerbsverzerrenden Dumping-Praktiken des weltweit größten Stahl-Herstellerlandes China bedrohen die Zukunft der europäischen Stahlindustrie. Das Europäische Parlament hatte sich daher mit breiter Mehrheit gegen die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus an China unter den derzeitigen Bedingungen ausgesprochen. Die EU-Kommission bekennt sich ebenfalls grundsätzlich zu einer starken Stahlindustrie in Europa. Ihre Gesetzesvorschläge zur Reform der Handelsschutzinstrumente werden jedoch momentan im Rat blockiert, da unter den Regierungen der Mitgliedstaaten keine Einigkeit herrscht.

Schafft es Europa, sich eine starke industrielle Basis und hunderttausende Stahl-Arbeitsplätze zu bewahren? Diese Frage stand im Mittelpunkt der hochrangigen Veranstaltung "Hat Stahl Zukunft in Europa?" am 15. Juni 2016 in Brüssel, organisiert durch die IG Metall in Kooperation mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, dem DGB und den Arbeiterkammern Österreichs, des Saarlandes, Bremen und Luxemburgs. Für die IG Metall diskutierte Knut Giesler, Bezirksleiter der IG Metall Nordrhein-Westfalen, mit Vertretern aus Kommission und Parlament, dem Europäischen Gewerkschaftsbund, dem Ausschuss der Regionen und der niederösterreichischen Arbeiterkammer.

"Wenn die Stahlindustrie in Europa nicht gerettet wird, kostet das nicht nur tausenden Menschen ihre Arbeitsplätze. Auch andere Branchen wären bald betroffen", sagte Knut Giesler und warnte vor einer Deindustrialisierung in Europa. Die EU müsse daher für einen fairen Wettbewerb sorgen. Giesler betonte: "Für die Beschäftigten der Stahlbranche ist die momentan zögerliche und widersprüchliche Haltung der Politik nicht verständlich – sie erwarten klare Lösungsangebote der EU. Letztlich müssen sich die Staaten Europas entscheiden: Wollen sie eine starke europäische Industrie mit guten Arbeitsplätzen und technischem Know-How für ökologischeren Stahl oder Billigimporte aus Drittländern mit schlechteren Produktionsbedingungen für die Beschäftigten und das Klima."

- **Programm der Veranstaltung "Hat Stahl Zukunft in Europa?"**
-

Europäische Bahnindustrie: Viele Arbeitsplätze gefährdet

Das Europäische Parlament hat sich am 9. Juni 2016 mit großer Mehrheit für mehr Unterstützung der europäischen Bahnindustrie auf dem EU-Binnenmarkt und im Außenhandel ausgesprochen. Die IG Metall begrüßt das Ergebnis der Abstimmung.

In ihrer Resolution fordern die Europaabgeordneten die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, das Ziel eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums entschiedener voran zu bringen. Mehr als eine Millionen direkte und über 1,2 Millionen indirekte Arbeitsplätze hängen von der Eisenbahnbranche in der EU ab. Die Abgeordneten betonen daher die soziale und ökonomische Bedeutung dieses Industriezweiges für Europa insgesamt. Der europäische Eisenbahnmarkt ist jedoch administrativ und technisch stark fragmentiert, so dass es für viele Unternehmen, insbesondere KMU, schwierig ist, grenzüberschreitend tätig zu werden. Auch erschwere der starke Anstieg der Billigimporte von Eisenbahnmaterial aus Drittländern wie China den hiesigen Unternehmen ihren globalen Handel. Die Abgeordneten fordern daher die Kommission auf, die Branche bei Verhandlungen über Außenhandelsabkommen stärker zu berücksichtigen, indem diese beispielsweise spezifische Bestimmungen enthalten, durch die der Marktzugang für die Bahnindustrie insbesondere bei der Vergabe öffentlicher Aufträge deutlich verbessert wird.

"Der EU fehlt eine gesamteuropäische industriepolitische Strategie, die zukunftsweisende Rahmenbedingungen bietet für wichtige Industriezweige wie die Bahnindustrie", sagt Wolfgang Lemb, geschäftsführenden Vorstandsmitglied der IG Metall, zuständig für Europa und Industriepolitik. Er begrüßt daher die Resolution des EU-Parlaments, die den Druck auf die Kommission erhöhen werde, ein industriepolitisches Konzept für Jobs und Wachstum vorzulegen.

• Entschließung des Europäischen Parlaments "Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Bahnindustrie"

IndustriAll Europe-Kongress: Gemeinsam für ein soziales Europa

Vom 7. bis 9. Juni 2016 tagte der zweite Kongress von IndustriAll Europe. Das Bündnis der Industriegewerkschaften Europas beschloss mit großer Einigkeit eine neue Führungsspitze und ihr politisches Programm für die nächsten vier Jahre.

IndustriAll Europe vertritt als Industriegewerkschaftsverband die Interessen von 6,9 Millionen Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe in ganz Europa. Die IG Metall ist die stärkste Mitgliedsgewerkschaft. Auf seinem zweiten Kongress seit der Gründung zeigte IndustriAll Europe ein Bild großer Geschlossenheit. "Die Gewerkschaftsbewegung in Europa muss weiter gestärkt werden", sagte der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann in seiner Rede vor knapp 400 Delegierten aus über 30 europäischen Ländern. "Ein demokratisches und soziales Europa kann es ohne einflussreiche Gewerkschaften nicht geben." Das geschäftsführende IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Lemb plädierte für einen industriepolitischen Dialog auf europäischer Ebene. "Zur Strategie einer Re-Industrialisierung Europas und der Sicherung der Arbeitsplätze gehört auch eine

nachhaltige Energiepolitik", sagte Lemb.

Die Kongress-Delegierten verständigten sich auf die politischen Prioritäten ihres Gewerkschaftsverbandes für die nächsten vier Jahre: sichere und gut entlohnte Arbeitsplätze, flächendeckende tarifpolitischer Systeme, wirksame Gegenmacht gegenüber multinationalen Unternehmen und Stärkung der Gewerkschaften in Europa. Große Zustimmung fand auch der Antrag der IG Metall zur Sicherung der europäischen Stahlindustrie. Die Forderung der IG Metall einen europaweiten Aktionstag zu veranstalten, wurde vom Kongress einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag befasste sich mit dem drohenden Austritt Großbritanniens aus der EU, der Beschäftigung und Arbeitsplätze gefährden würde. Ein Verbleib Großbritanniens in einer vereinten Europäischen Union wäre sowohl für Großbritannien als auch Europa insgesamt der bessere Weg.

Michael Vassiliadis (IG BCE, Deutschland) wurde mit 97 Prozent in seinem Amt als industriAll Europe Präsident bestätigt. Ähnlich überzeugende Wahlergebnisse erhielten der neue Generalsekretär Luc Triangle (Belgien) sowie die stellvertretenden Generalsekretäre Luis Colunga (Spanien), Sylvain Levebvre (Frankreich) und Benoit Gerits (Belgien).

- [IndustriAll Europe Politische Entschlüsse 2016-2020](#)
- [Informationen zum Stahl-Antrag der IG Metall](#)

EMIS: Vorschlag für einen Zwischenbericht veröffentlicht

Im Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments zu Schadstoffmessungen in der Automobilindustrie (EMIS) wurde am 7. Juni 2016 ein erster Entwurf für den Zwischenbericht vorgelegt und am 21. Juni 2016 mit den Ausschussmitgliedern diskutiert.

In dem Berichtsvorschlag des EMIS werden die beteiligten politischen Institutionen auf nationaler und europäischer Ebene aufgefordert, den Ausschuss in seiner Aufklärungsarbeit weiterhin uneingeschränkt zu unterstützen. Außerdem liefert er eine detaillierte Beschreibung des Mandats und der Arbeitsweise des Ausschusses und gibt einen Überblick über die vergangenen und noch anstehenden Expertenbefragungen. Über den Bericht soll voraussichtlich am 13. Juli 2016 im EMIS abgestimmt und im September dem Plenum des EU-Parlamentes vorgelegt werden.

Der Ausschuss des EMIS ist am 16., 20. und 21. Juni 2016 erneut zusammengetreten, um den Entwurf des Zwischenberichtes zu diskutieren sowie weitere Experten zu befragen.

- [Entwurf eines Zwischenberichts des EMIS](#)
- [Weitere Informationen zum EMIS](#)

EFSI: Kommission will Laufzeit verlängern

Die EU-Kommission hat ein Jahr nach Inkrafttreten des EFSI eine positive Bilanz gezogen und die bisherigen Ergebnisse am 8. Juni 2016 mit dem EU-Parlament diskutiert. Die Europaabgeordneten zeigten sich in ihrer Bewertung gespalten.

Der Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) war Anfang Juli 2015 in Kraft getreten. Er ist das Herzstück der Investitionsoffensive der EU-Kommission, des sogenannten Juncker-Plans. Die Mittel des EFSI sind in erster Linie dem Breitbandausbau, Energienetzen, der Verkehrsinfrastruktur, erneuerbaren Energien, Bildung und Ausbildung sowie die Förderung von KMU gewidmet. Die Kommission hat nun am 1. Juni 2016 eine positive Bilanz gezogen. Sie kündigte daher an, im Herbst 2016 eine Gesetzesinitiative vorzuschlagen, um die ursprünglich bis Ende 2018 vorgesehene Laufzeit des EFSI zu verlängern. Außerdem ebnete die Kommission den Weg für einen weiteren Bestandteil des Juncker-Plans, das Europäische Portal für Investitionsvorhaben. Diese Online-Plattform soll europäische Projektentwickler und Investoren aus der EU und anderen Ländern zusammenbringen. Weiterhin hatte die Kommission bereits eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung des Unternehmensumfeldes und der Finanzierungsbedingungen im Rahmen der dritten Säule der Investitionsoffensive eingeleitet.

Der zuständige EU-Kommissar Jyrki Katainen erläuterte während einer Aussprache mit dem EU-Parlament, der EFSI habe bis zu 12,8 Mrd. Euro ausgegeben, um damit private Investitionen von etwa 100 Mrd. Euro anzustoßen. Die positive Bilanzierung der Investitionsinitiative seitens der Kommission stieß bei den beiden größten Fraktionen im Europaparlament, den Christdemokraten und den Sozialdemokraten, auf generelle Zustimmung mit gewissen Vorbehalten. Abgeordnete kleinerer Fraktionen äußerten sich hingegen skeptischer. Für mehr parlamentarische Kontrolle der Mittelverteilung sprachen sich Abgeordnete aller Fraktionen aus.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)
- [Pressemitteilung des EU-Parlaments](#)

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand